POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE MAI 2023 | 19. JAHRGANG



Gegen Abrisspläne: Kein Gebäude steht so sehr für die Fehlentwicklungen in unserer Stadt wie der Alte Markt 10 - der Staudenhof. Sein Abriss soll nach dem Willen einer Mehrheit der Stadtverordneten kommen. Doch nicht nur wir als Potsdamer LINKE stellen uns entschieden gegen die Abrisspläne und fordern Erhalt und Sanierung der günstigen, zentralen Wohnungen und des denkmalwürdigen Gebäudekomplexes. Lesen Sie in dieser Ausgabe u.a. ein Interview mit einem der letzten Bewohner, des erhaltenswerten Wohnblocks. SEITE 3



Karl Marx und DIE LINKE

Zum 205. Geburtstag widmet sich unser Kalenderblatt Karl Marx und DIE LINKE. Weiter lesen Sie eine Erinnerung an den Potsdamer Antifaschisten Willi Frohwein sowie über das Gedenken in der Landeshauptstadt anlässlich des diesjährigen Tages der Befreiung vom Faschismus.

SEITE 4



Wohnungslosigkeit und Klimaaktivist:innen

Isabelle Vandre und Marlen Block widmen sich in dieser Ausgabe einem LINKEN „Plan gegen Wohnungslosigkeit“ sowie den Aktionen der Klimaaktivisten: “Wir müssen uns an die Seite der Aktivist:innen stellen, denn das Anliegen ist ein absolut existentielles, grundrechtskonformes und höchst dringendes.“

SEITE 6



Vier-Tage-Woche – eine weltfremde Idee?

Als Janine Wissler (FOTO) anlässlich des 1. Mais den Vier-Punkte-Fahrplan für eine Vier-Tage-Woche vorstellte, war der Aufschrei bei Liberalen und Arbeitgebern groß. Ist die Vier-Tage-Woche also eine weltfremde Idee, ein linker Tagtraum?

SEITE 7

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial. DIE LINKE.Potsdam

Der „Rathausreport“ im Innenteil

Wir informieren über das Geschehen auf der Stadtverordnetenversammlung vom 3. Mai 2023. Weiter lesen Sie: Ein neues Format betritt die Medienlandschaft in Potsdam – an der Stelle des ehemaligen „Rathausreport LIVE“ steht jetzt der neue „RATHAUSstammtisch“ für Gespräche bereit.

SEITEN I – IV



Zeit für einen Mietenstopp

„Mieterinnen und Mietern kommt die Untätigkeit der Regierung teuer zu stehen. In Anbetracht der steigenden Energiekosten sitzen die 20 Millionen Miethaushalte auf einer tickenden Zeitbombe. Es wird höchste Zeit, dass der ‚Kanzler für bezahlbares Wohnen' ein Machtwort spricht", erklärt die mieten- und wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Caren Lay, angesichts der Veröffentlichung der Destatis-Auswertung zur steigenden Wohnkostenbelastung. Lay weiter: „Diese Zahlen sind erschreckend, überraschend sind sie nicht. Schon seit vielen Jahren steigen die Mietkosten rasant, schon seit Jahren ist die Hälfte der Miethaushalte in den Städten überlastet. Jetzt spitzt sich die Situation durch die Inflation zu. Im vergangenen Jahr haben die fast 20 Millionen Miethaushalte im Schnitt 27,8 Prozent ihres Einkommens für Kaltmiete und Betriebskosten ausgegeben. 16 Prozent aller Miethaushalte weisen eine Mietbelastung von mehr als 40 Prozent auf. Die rasant gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten sind noch nicht mit eingerechnet. Das ist das Ergebnis von jahrelanger Unfähigkeit, Politik im Interesse der Mieterinnen und Mieter zu machen. Die unterlassene Hilfeleistung für Miethaushalte setzt die Ampel-Regierung bedauerlicherweise fort: Die versprochene Mietrechtsnovelle lässt ebenso auf sich warten wie die Wiederherstellung des Vorkaufsrechtes oder die Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit. Statt der versprochenen 100.000 neuen Sozialwohnungen waren es im Jahr 2022 de facto 27.000 weniger. Wie bereits die Vorgängerregierung hat auch diese Regierung nicht den Mut, sich mit der Immobilienlobby anzulegen. Die Ampelparteien schieben sich wechselseitig die Schuld in die Schuhe, der Kanzler für bezahlbares Wohnen ist abgetaucht. Wir brauchen endlich einen bundesweiten Mietenstopp, den die SPD im Wahlkampf noch vollmundig versprochen hat. Außerdem brauchen wir einen bundesweiten, atmenden Mietendeckel, der die unterschiedlichen Situationen vor Ort berücksichtigt. Ein Neustart im sozialen Wohnungsbau und eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit müssen endlich kommen. Die Ampel darf die Mieterinnen und Mieter nicht weiter im Stich lassen."



Impressum

HERAUSGEBER
„medienPUNKTpotsdam" – DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION
Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Konstantin Gräfe
AUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion
Die nächste PaS erscheint am 05. Juni 2023

LAYOUT
Sophie Sumburane
TELEFON der Redaktion
0176 / 327 93 65 9
E-MAIL
info@medienpunktpotsdam.de
BANKVERBINDUNG
Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00
BILDAUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/Archiv
DRUCK
Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

„Das funktioniert für mich nicht“

René Holter lebt seit 13 Jahren im Staudenhof und ist einer der letzten verbliebenen Bewohner. Wie sich die Situation aus der Innenperspektive darstellt, verrät er uns im Interview. Das vollständige Interview finden Sie auf dielinke-potsdam.de

Was ist das Besondere am Staudenhof?

Dass es eine wunderbare Zusammenführung von Jung und Alt ist und von Menschen, die selbstständig sind und von Menschen, die weniger selbstständig sind. Und dann gibt‘s noch die Leute, die sich hier in der Region gut auskennen, und Leute, die sich überhaupt gar nicht auskennen, wahrscheinlich auch nicht mal in Deutschland auskennen und auch nicht die deutsche Sprache sprechen. Das sind enorme Gegensätze, die in der üblichen Stadtbaupolitik und -planung weit auseinandergehalten werden. Sonst gibt es Geflüchtetenunterkünfte, die sind meistens am Stadtrand und vollkommen ab vom Schuss in irgendwelchen Gebäuden, in denen sonst Erntehelfer:innen untergebracht werden.

Wie ist die Wohnsituation derzeit?

Ja, recht prekär. Das ist ja schon immer so gewesen. Eigentlich auch schon, als ich damals eingezogen bin. Da war es auch schon so, dass eigentlich kaum irgendwas gemacht wurde. Das erste mal war ich sehr überrascht als ich darum bat, die bröckelnde Decke über meinem Balkon reparieren zu lassen, und dann einfach jemand kam und da so ein bisschen Spachtelmasse rauf geklatscht und dann irgendwie rübergepinselt hat. Da war ich so ein bisschen stutzig, weil ich dachte, die Risse, die da kommen, die sind ja tief im Gemäuer. Da kann man nicht einfach so oberflächlich irgendwas machen, dann müsste ja eigentlich was am Träger gemacht werden oder so. Aber so zog sich das dann weiter durch alle anfallenden Arbeiten. So wie ich das beobachtet habe, wurde immer nur das Nötigste gemacht. Also, wenn mal wieder ein Schädlingsbefall war, dann kam halt der Kammerjäger. Wenn das Treppenhaus wirklich extrem zugeschmiert war über alle Etagen, dann wurde mal wieder gemalert. Aber man hat ja auch gesehen, dass das Gebäude von außen über die Jahre auch in der „kurzen Zeit“, in der ich da wohne, immer mehr verkommen ist. Da kann man schon von einer ausgesuchten Verwahrlosung sprechen.

Warum sind Sie noch nicht ausgezogen?

Ich bin nicht ausgezogen, weil sich die ProPotsdam einfach total daneben benommen hat. Ich habe mehrmals darum gebeten, mit mir in den Austausch zu gehen, um mir irgendwie ein Schadensersatz zu liefern. Da wurde ich nicht so richtig ernst genommen, hatte ich das Gefühl. Und ich wurde immer mit Ausgleichswohnungen vertröstet, die allesamt daneben waren. Da gab es Aufputzinstallationen, das sah wie eine Bungalowanlage aus der Vorwendezeit, in die sie mich da stecken wollten. Das hat für mich nicht funktioniert, weil das für mich kein Schadensersatz ist, nur weil sie mir irgendwas Ähnliches wiedergeben. Das funktioniert für mich nicht. Wieso sollte ich das Angebot annehmen, wenn ich doch auch einfach auf meinem unbefristeten Mietvertrag beharren kann? Wieso soll ich irgendwo hinziehen, wo ich eigentlich gar nicht hin will, wenn ich auch einfach da bleiben kann, wo ich bin?

Claudia Sprengel (DIE LINKE) ist neue Gleichstellungsbeauftragte von Potsdam



In der Sitzung am 03.05.2023 hat die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung Claudia Sprengel zur neuen Gleichstellungsbeauftragten und Leiterin des Büros für Vielfalt und Chancengerechtigkeit bestimmt. Wir stellen die 33- Jährige, gebürtige Premnitzerin vor.

Zunächst einmal Herzlichen Glückwunsch, liebe Claudia! **Du engagierst dich seit vielen Jahren in feministische Kämpfen, arbeitest aktuell bei der Landesgleichstellungsbeauftragten, warst beim Frauenpolitischen Rat aktiv und setzt dich auch als Mitglied des Landesvorstandes der LINKEN Brandenburg für Feminismus ein. Warum haben Feminismus und Gleichstellung einen so hohen Stellenwert in deinem politischen Engagement?**

Claudia Sprengel: Für mich ist die Frage der Teilhabe eine Demokratiefrage, wem ermöglichen wir politische Interessen zu artikulieren und mitzuentscheiden. Für WEN wird Politik gemacht und von WEM? Durch patriarchale Strukturen wurden Frauen immer von diesen Entscheidungen ferngehalten bzw. konnten nur nach den männlichen Spielregeln in ihrem System „mitspielen“. Als LINKE muss uns aber klar sein: Wenn wir über Verteilungskämpfe sprechen, können wir die Frage nach Gender, ebenso wenig ausblenden, wie die nach Herkunft. In westlichen Industriestaaten bedeutet das vor allem die Frage nach gleicher Bezahlung, nach Entlohnung von Sorgearbeit, Schutz vor Armut als Alleinerziehende sowie im Alter.

Du wohnst aktuell in Brandenburg an der Havel, kennst Potsdam aber auch sehr gut persönlich und hast hier bereits gelebt. Was sind deiner Auffassung nach die wichtigsten Herausforderungen in der Gleichstellung, die du angehen möchtest?

Claudia Sprengel: Potsdam ist eine sehr widersprüchliche und daher auch eine spannende und herausfordernde Stadt. Zum einen hat man eine junge, politisierte Szene, die eine große Offenheit für Veränderungen hat und oft Vielfalt lebt und in der Stadt versucht sichtbar zu machen und Räume zu schaffen. Zum anderen gibt es auch einen entgegengesetzten Pool, mit einer Gruppe, die eher konservierend wirken möchte. Hier wird oft mit Werten argumentiert, dabei sind oft Normen gemeint. Diese Lager zu überwinden und für alle ansprechbar zu sein, wird eine große Aufgabe. Darüber hinaus möchte ich, dass Gleichstellung kein Satelliten-Thema bleibt, sondern Gender Mainstreaming verwirklicht wird. Jedes Thema muss unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit betrachtet werden, auch Finanzen, Stadtplanung und Verkehr. Das mag für viele erstmal komisch klingen, aber die Daten zeigen klar, dass dies Bereiche sind, in denen Lebensrealitäten von Frauen* immer wieder ausgeblendet werden.

Was möchtest du in der Verwaltung, aber auch mit der Stadtgesellschaft in puncto Gleichstellung in Potsdam erreichen?

Claudia Sprengel: Die Liste wäre zu lang. Was ich möchte und was möglich ist, wird dann sicher auch nicht identisch sein. Ich möchte auf jeden Fall intersektionell arbeiten und damit der Vielfalt von Frauen*leben und queeren Lebensweisen gerecht werden. Ein Thema wird sicher sein, wie sich die Krisen auf Frauen auswirken, das heißt Frauen z.B. Alleinerziehende, die noch mehr von Armut bedroht sind, oder Frauen*, die nach Potsdam gekommen sind aus anderen Staaten, solidarisch zur zu Seite stehen. Ich möchte den Diskurs über Geschlechtergerechtigkeit wegholen von formalistischen Scheindebatten hin zu den tatsächlichen Fragen, nach Verteilung von Macht, Geld und Raum.



Historisches Kalenderblatt: Karl Marx und DIE LINKE

Am 5. Mai 1818 wurde Karl Marx als Sohn einer Rabbinerfamilie in Trier geboren, am 17. März 1883 wurde er auf dem Londoner Highgate-Friedhof beerdigt. Sein Freund und Weggefährte Friedrich Engels würdigte dort sein Lebenswerk und rief aus: „ Sein Name wird durch die Jahrhunderte fortleben und so auch sein Werk“. Er sollte Recht behalten.

Nach dem Abitur studierte Marx in Bonn, Berlin und Jena und sammelte Erfahrungen als Journalist bei der Rheinischen Zeitung. Nach deren Verbot floh er nach Paris, lebte in Brüssel und nahm später seinen Wohnsitz in London. An den revolutionären Kämpfen 1848/49 in Deutschland wirkte er aktiv mit. Er wurde zum Führer des Bundes der Kommunisten, schrieb das berühmte Manifest der Kommunistischen Partei und war Chefredakteur der Neuen Rheinischen Zeitung. Gemeinsam mit Friedrich Engels gründete er in Brüssel 1864 die Internationale Arbeiterassoziation, die I. Internationale. Nachdem die revolutionäre Welle abgeebbt war, widmete sich Marx stärker seinen theoretischen Studien. Unter Nutzung der Ideen des utopischen Kommunismus, der bürgerlichen Ökonomie und der Hegelschen Dialektik und in Auseinandersetzung damit entsteht die materialistische Geschichtsauffassung. Vor allem in den drei Bänden des „Kapitals“ deckte er die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Ökonomie auf, die bis heute aktuell sind. Auch wenn es nicht mit seinem Namen verbunden wird, haben bis heute marxistische Ideen Eingang in den bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb und in die Schulbücher gefunden. Allerdings ohne die Konsequenzen, die Marx aus seiner Kapitalismusanalyse gezogen hat. Für ihn war schon zu Lebzeiten klar, was sich mit der weiteren historischen Entwicklung immer mehr bestätigt hat, die kapitalistische Gesellschaft kann nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Der Marxismus wurde mit der kommunistischen Bewegung zurecht zum Leitfaden revolutionärer Veränderungen auf allen Kontinenten. Seine Lehre hat das 20. Jahrhundert geprägt. Auch in unserer Region wurde der Marxismus systematisch studiert und vermittelt. Höhepunkte waren zum Beispiel 1967 die Konferenz zu „100 Jahre das Kapital“ und das Karl-Marx-Jahr 1983. Leider wurden aber in der kommunistischen Bewegung und in den Ländern des „realen“ Sozialismus oft Zitate von Karl Marx zur Begründung der eigenen Politik missbraucht. Verständlicherweise konnten aber die Vorstellungen von Karl Marx über die neu zu schaffenden Gesellschaft nur allgemein bzw. fragmentarisch sein. Das Scheitern des realen Sozialismus geht nicht auf sein Konto. Karl Marx war nie ein Gott und wollte es auch nie sein, er war aber dennoch einer der bedeutendsten Geistesgrößen der deutschen und internationalen Geschichte. Wir sollten uns stärker denn je seine Kapitalismusanalyse und seine wissenschaftliche Methodik zu eigen machen, um Antworten auf die großen Herausforderungen der Gegenwart zu finden. Es gilt, die kapitalistische Profitwirtschaft als Quelle allen Übels zu entlarven. Man darf seine Politik nicht einseitig nur auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse und auf die Integration in die bestehenden Gesellschaft ausrichten. Marx lehrt uns, Zusammenhänge tiefgründig zu untersuchen und die Probleme in ihrer inneren Widersprüchlichkeit zu begreifen. Er stand für die Vielfalt von Meinungen innerhalb der kommunistischen Bewegung, aber auch für eine fundierte theoretische Diskussion und klare Entscheidungen. Innerhalb der LINKEN sollten wir das Gemeinsame stärker in den Vordergrund und uns wieder bei Marx, unter seinem Banner, versammeln - wie es schon 1891 mit dem Erfurter Programm der Sozialdemokratie hieß.

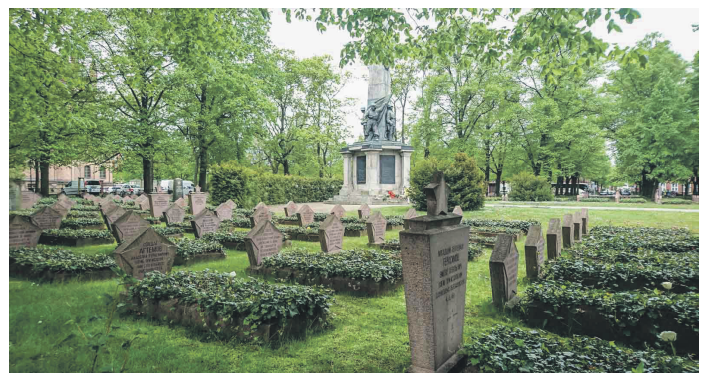
Dr. Hans-Joachim Koch

„Toleranz ist ein hoffnungsvoller Anfang“

Am Montag, 27. März, wurde zu einer öffentlichen Veranstaltung in Erinnerung an Willi Frohwein ins Heidehaus eingeladen. Hintergrund der Veranstaltung war der 100. Geburtstag des am 27. März 1923 geborenen Wahl-Potsdamers. Willi Frohwein wurde in Berlin-Spandau geboren und wegen seiner jüdischen Herkunft im Nationalsozialismus verfolgt und in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Er überlebte, wie auch noch weitere Konzentrationslager und einen Todesmarsch. 1966 trat Frohwein als Hauptbelastungszeuge gegen den ehemaligen Lagerarzt von Auschwitz, Horst Fischer, auf. Seither berichtete er als Zeitzeuge insbesondere in Schulen über die Verbrechen im Faschismus.
2005 haben sich Willi Frohwein und der Potsdamer Antifaschist Otto Wiesner in das Goldene Buch der Stadt Potsdam eingetragen. „Da passt du doch gar nicht rein“, dachte er, der mit den hohen Herren der Stadtpolitik fremdelte. Doch er entschied anders: „Wir werden wohl die letzten sein, die das noch machen können“, so Frohwein. Etwas Widerspenstigkeit erlaubte er sich aber doch und so schrieb er ins Goldene Buch der Landeshauptstadt: „Toleranz ist letztendlich nicht genug – aber ein hoffnungsvoller Anfang.“ Der nach ihm benannte Platz, vormals „Am Findling“, würdigt Frohwein ebenso und trägt sein Anliegen, über die NS-Zeit aufzuklären, weiter.

Gedenken zum 78. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Am 8. Mai 2023 jährte sich zum 78. Mal der Tag der Befreiung vom Faschismus, das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa. Die Landeshauptstadt Potsdam erinnerte an dieses bedeutende historische Ereignis und gedachte der Opfer des Zweiten Weltkrieges. Auf dem Ehrenfriedhof Bassinplatz sind Soldaten der Roten Armee bestattet, die 1945 bei den Kämpfen zur Befreiung Potsdams ums Leben gekommen sind (Foto).



RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe Mai 2023

ABRISSMORATORIUM FÜR DEN STAUDENHOF



Aus Sicht der LINKEn ist der geplante Staudenhofabriss ein riesiger stadt- und klimapolitischer Fehler, den es zu verhindern gilt. Wiederholt haben wir daher in der Stadtverordnetenversammlung und den Ausschüssen für den Erhalt des Gebäudes in der Innenstadt gekämpft – egal ob in Form eines Abrissmoratoriums kurz nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine vor einem Jahr oder zuletzt bei Beratung der Anträge aus dem Bürgerhaushalt. Auch die Zivilgesellschaft hat sich in den letzten Monaten in einem breit getragenen Bündnis aus Wissenschaftler:innen, Architekt:innen bis hin zu Sozialverbänden organisiert und deutlich gemacht: Weder darf dieses letzte Gebäude der Ostmoderne aus der Innenstadt verschwinden, noch ist die Vernichtung von sanierungsbedürftigem, aber intaktem, günstigem Wohnraum verantwortbar.

Hinzu kommt, dass sich die Situation auf dem Potsdamer Wohnungsmarkt in den letzten Monaten noch einmal dramatisch zugespitzt hat. Innerhalb kürzester Zeit hat die Verwaltung mit der Pro Potsdam ein Sonderwohnbauprogramm aufgelegt, mit dem an 8 Standorten über 450 Wohneinheiten entstehen sollen. Da das jedoch nicht ausreicht, um eine Unterbringung der vor dem Krieg in der Ukraine Flüchtenden zu gewährleisten, wird nach weiteren, zum Teil provisorischen Unterbringungsmöglichkeiten in Containerdörfern und Notunterkünften gesucht. An einem Standort im Nedlitzer Holz plant die Stadt nun sogar die Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft mit 500 Plätzen. Eine Einrichtung dieser Größe stellt nicht nur einen Bruch mit dem Prinzip der dezentralen Unterbringung in kleinen Gemeinschaftsunterkünften dar, sondern verursacht auch Baukosten von 30.000 Euro pro Unterbringungsplatz bzw. 15 Millionen Euro Gesamtkosten.

In dieser Situation 182 Wohneinheiten zu vernichten, ist einfach nicht vermittelbar. Aus diesem Grund haben wir als Sozial.DIE LINKE mit insgesamt 20 Stadtverordneten fraktionsübergreifend erneut ein Abrissmoratorium für 3 Jahre beantragt. Dies war vermutlich die letzte Chance, die Fehlentscheidung für den Abriss in der Stadtverordnetenversammlung zu kippen. Denn bereits zu Ende Juni soll der Staudenhof leergezogen sein. Doch wie bereits in den letzten Monaten zeigten sich insbesondere die SPD und die Mehrheit der Grünenfraktion vollkommen resistent gegenüber inhaltlichen Argumenten – egal ob wirtschaftliche, soziale oder ökologische. Die Sturheit der Mehrheit der SVV hat sich durchgesetzt – das Moratorium wurde abgelehnt.

Isabelle Vandre

Mit auf den Weg...



Es ist geschafft! Nach Jahren harten Ringens ist die Zukunft des soziokulturellen Zentrums freiLand für die kommenden 66 Jahre gesichert. Der Weg dahin war ein langer. Zur Erinnerung: 2008 gingen vor allem junge Menschen auf die Straße, um auf die Krise der Jugendkultur aufmerksam zu machen. Dem Waschhaus, dem Lindenpark, dem Archiv, den Jugendclubs Spartacus und S13 drohte das Aus. 2010 konnte dann das Gelände der ehemaligen Wasserwerke, das im Besitz der Stadtwerke war und ist, für die selbst verwaltete Jugendarbeit übergeben werden. Am 13. Mai 2011 wurde das freiland offiziell eröffnet. Die Cultus UG wurde als Betreiber bestellt. Der mit der Cultus UG geschlossene Pachtvertrag wurde 2017 durch die SWP gekündigt. Seitdem gab es immer nur Verlängerungen um jeweils ein Jahr. Die Stadtwerke hatten wiederholt erklärt, dass das Betreiben eines Soziokulturellen Zentrums nicht zu ihrer Aufgabe gehört. Seit 2018 wurde deshalb intensiv unter Beteiligung von Stadtverordneten und der AG Jugend-/ Soziokultur an einer dauerhaften Perspektive für freiLand gearbeitet. Dabei haben wir, wie auch das Nutzerplenum des freiLand, die Übernahme des Geländes durch die Stadt favorisiert. Eine Eigentumsübertragung an die Stadt wurde allerdings nicht erreicht.

Aber: Der nun vorliegende Erbbaupachtvertrag und der Betreibervertrag bringen den Vertragspartnern, der SWP, der Stadt und der Cultus UG, langfristig die notwendigen Sicherheiten für den dauerhaften Betrieb des freiLand. Der Erbbaupachtvertrag gilt für 66 Jahre, die Stadt kommt für Pacht und Zinsen auf und finanziert die Arbeit der Cultus UG. Diese muss die inhaltliche und organisatorische Arbeit, Investitionen und Werterhaltung sichern. Für die Jugendkultur und Jugendarbeit ist das von enormem Wert, zumal es in Potsdam nach wie vor an Freiräumen für junge Leute fehlt. Auch da bleiben wir dran.

Wir freuen uns über diesen politischen Erfolg, auf den wir lange hingewirkt haben und wünschen den im und für das freiLand Engagierten weiter viel Kreativität, viele Besucher:innen und Nutzer:Innen.

Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende

In eigener Sache



Einen Wechsel in der Geschäftsführung verzeichnet die Fraktion Sozial.DIE LINKE. Der bisherige Geschäftsführer Sascha Krämer hat seinen beruflichen Schwerpunkt in die Landtagsfraktion verlagert. Als Stadtverordneter bleibt er der Fraktion erhalten. Das neue Gesicht in unserem Team und Ihre Ansprechpartnerin im Fraktionsbüro stellen wir hier kurz vor:

Liebe Leserinnen und Leser,

Ich möchte die Gelegenheit nutzen um mich kurz vorzustellen. Mein Name ist Ida Karlotta Wiesigstrauch und ich habe zum 01. Mai 2023 die Fraktionsgeschäftsführung der Fraktion Sozial.DIE LINKE in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung übernommen. Ich bin in der Potsdamer Innenstadt geboren und aufgewachsen und habe in den vergangenen Jahren Geschichte, Politikwissenschaften und Soziologie an der Universität Potsdam studiert. Zuvor habe ich bereits ein Freiwilliges soziales Jahr im politischen Leben in der Brandenburger Staatskanzlei, beim Toleranten Brandenburg absolviert. Nach meinem Bachelorabschluss freue ich mich nun sehr auf die neuen Aufgaben und darüber die Fraktion bei der Arbeit unterstützen zu dürfen. Die Schwerpunkte meines politischen Interesses liegen unter anderem in den Bereichen der Geschlechtergerechtigkeit, der Bildungspolitik und den Fragen der Wohnungspolitik. Parteipolitisch aktiv bin ich vor allem im Kreisverband Potsdam und in meiner Funktion als Sprecherin des Ortsverbandes Mitte-Nord. Erreichen können Sie mich im Fraktionsbüro im Stadthaus oder unter der Telefonnummer: 0331 / 289 3048. Ich freue mich sehr auf das kommende Jahr!

Das bisschen Haushalt … - Familienarmut konsequent bekämpfen!



Ursprünglich sollte der Doppelhaushalt 2023/24 bereits in der Mai-Sitzung beschlossen werden. Dieses Ziel wurde angesichts neuer Herausforderungen, u.a. beim schnelleren Ausbau der Schulkapazitäten und der Schaffung neuer Unterkünfte für Geflüchtete einerseits und der noch immer völlig unklaren Entlastung durch das Brandenburg-Paket der Landesregierung noch einmal vertagt.

In seinem Bericht bezifferte der Oberbürgermeister das Gesamtdefizit für die kommenden 5 Jahre auf bis zu 220 Mio Euro. Dennoch: es sind auch vor diesem Hintergrund zusätzliche Aufgaben zu meistern.

Die Fraktion Sozial.DIE LINKE hat für die Haushaltsverhandlungen einen klaren Schwerpunkt gesetzt. Corona, Krieg und Inflation haben die Situation insbesondere von Familien mit Kindern drastisch verschärft. Zuletzt machten vor allem Preise für ein Schulmittagessen von bis zu 7,- Euro Schlagzeilen. Aber auch viele andere Kostensteigerungen im Alltag treffen vor allem Familien – und längst nicht mehr nur finanziell schwächere. Dafür braucht es dringend Entlastung. Dafür haben wir mit unseren Haushaltsanträgen ein Paket geschnürt. Kein Kind soll mit leerem Magen lernen müssen. Deswegen wollen wir das als Modellprojekt eingeführte kostenlose Frühstücksangebot endlich auf alle Grundschulen ausgedehnt wird. Und auch die Mittagsversorgung an den Schulen muss angesichts der Preisentwicklung und der sozialen Situation von Familien kostenfrei werden. Eigentlich längst beschlossen ist auch das kostenfreie Schülerticket. Nur umgesetzt wurde es bisher nicht. Mit dem Doppelhaushalt muss nun endlich der Einstieg gelingen, als echten Beitrag zur Entlastung von Familien und auch zum Klimaschutz.

Gestärkt werden muss auch die Personalsituation in den Verwaltungsbereichen, die sich um bezahlbaren Wohnraum kümmern, z.B. bei der Erarbeitung von Sozialerhaltungssatzungen. Insgesamt 3 Stellen hat unsere Fraktion hier beantragt.

Weitere Änderungsanträge richten sich auf die Sicherung von Kulturprojekten sowie Aufgaben im Schul- und Sportbereich.

Auch, wenn es eng wird – die Armut von Kindern und Familien muss gerade angesichts der aktuellen Krisen auch mit kommunalen Mitteln konsequent bekämpft werden.

Stefan Wollenberg

Golm: Zivilgesellschaft stärken, Aufklärung über rechte Strukturen und Weltbilder ausbauen

Nach Beschluss des Dringlichkeitsantrages über die schnellstmögliche Schaffung von Sozialarbeiter:innenstellen in Reaktion auf den queerfeindlichen Übergriff auf Studierende in Golm Anfang Februar, setzte die Fraktion Sozial.DIE LINKE das Thema am 3. Mai erneut auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung. In einem Antrag fordert sie die Einberufung einer Runde aus Vertreter:innen der Stadt, der Uni und der Zivilgesellschaft, die kurzfristige Maßnahmen und Strategien zur Begegnung der rechten Umtriebe in Golm erarbeiten sollen. Denn der Verbreitung rechter Strukturen und Weltbilder konnte in den letzten Jahren immer dann wirksam begegnet werden, wenn Probleme gesehen, Strukturen erkannt, Anwohner:innen sensibilisiert und die Zivilgesellschaft gestärkt wurde. Das bedeutet, jeden Tag und überall klar Position gegen jede Form der Verbreitung von rechten Weltbildern und menschenfeindlichen Positionen zu beziehen. Das wurde in den letzten Monaten zu lange versäumt und findet leider auch Ausdruck darin, dass AfD und Dritter Weg in den letzten Wochen in Golm aktiv wurden. Das müssen wir gemeinsam unterbinden. Nur so können wir zukünftige Übergriffe verhindern.

Über den Antrag wurde erst nach Redaktionsschluss in der Fortsetzungssitzung der SVV entschieden.

Isabelle Vandre

Städtische Bildungsgerechtigkeit - Flächendeckendes Lernhilfeprogramm an Potsdamer Schulen



Die aktuellen Teuerungen betreffen alle Lebensbereiche und in diesen schwierigen Zeiten ist es für viele Eltern kaum möglich, ihren Kindern auch noch kostspielige Nachhilfe zu finanzieren. Daher wäre es im Sinne der städtischen Bildungsgerechtigkeit, bedürftigen Schüler:innen kostenlose Unterstützung zu geben. Ziel ist es, dass alle Kinder bestmöglich auf ihrem Bildungsweg begleitet werden und der Schulerfolg nicht von Inflation und Krise abhängt.

Mit den Lernhilfeangeboten der VHS wollen wir Kindern nicht nur einen positiven Schulerfolg, sondern auch einen ebensolchen Zugang zum Lernen ermöglichen. Mit verschiedenen Formaten soll auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder eingegangen und eine angstfreie Lernatmosphäre geschafft werden.

Wir beauftragen die Verwaltung zu prüfen, inwiefern die Volkshochschule Potsdam den Schüler:innen Potsdamer Schulen kostenlose Unterstützungsangebote in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch zum Schuljahr 2023/2024 – auch dezentral – anbieten kann. Darüber hinaus sollen Orte geschaffen werden, an denen Kinder niederschwellige Unterstützung bei allen Fragestellungen rund um Unterricht und Schule erfahren sollen. Dabei sind die Erfahrungen der „Wiener Lernförderung - 2.0“ sowie Möglichkeiten von Förderprogrammen mit in die Prüfung einzubeziehen. Der Antrag wurde in den Ausschussberatungen bestätigt. Die Entscheidung in der SVV erfolgte nach Redaktionsschluss.

Sascha Krämer

Überwiesen

Falschparken vor dem Kiezkino

Falschparker vor dem „Thalia“-Kino sorgen in diesem für Radfahrer:innen ohnehin gefährlichen Bereich regelmäßig für noch größere Unfallrisiken.

Eine kleine Anfrage zum Thema von Michel Berlin (Sozial. DIE LINKE) ergab, dass trotz mehrfacher Verstöße gegen das Parkverbot nur etwa zwei Knöllchen pro Tag verteilt werden. Mit seinem Antrag wollen wir deshalb den Oberbürgermeister beauftragen, die Kontrollen insbesondere im Bereich der Straßenbahnstation S-Bahnhof/Wattstraße zu intensivieren und damit eine sichere Nutzung der Rudolf-Breitscheid-Straße auch mit dem Rad zu ermöglichen. Der Antrag wurde in die Ausschüsse überwiesen.

Bürgerhaushalt mit eigenem Budget

Seit nunmehr 15 Jahren gibt es den Potsdamer Bürgerhaushalt, über den die Potsdamer:innen über die Ausgaben der Stadt mitbestimmen können. Über die eingebrachten Vorschläge und Projekte wird nach einer Votierung dennoch von der Stadtverordnetenversammlung abschließend befunden. Aufgrund des Haushaltsvorbehalts werden viele der Vorschläge letztlich nicht realisiert. Deshalb fordert unsere Fraktion auf Initiative von Sascha Krämer zum wiederholten Mal ein verbindliches Budget für den Bürgerhaushalt – damit die Bürger:innen sehen, worüber sie eigentlich befinden und die Entscheidungen dann auch verbindlich umgesetzt werden können. Auch dieser Antrag wird in den Ausschüssen beraten.

Es blüht!

Potsdam ist eine sehr grüne Stadt mit zahlreichen städtischen Grünanlagen. Die Pflege der Grünanlagen ist dementsprechend aufwendig und preisintensiv. Die Kosten hierfür sind vom Haushalt kaum mehr zu stemmen. Statt der bisherigen intensiven Pflege fordern wir den Oberbürgermeister zu prüfen, welche innerstädtischen Flächen künftig als Wild- oder Blühwiesen gestaltet werden können. Dies ermöglicht eine finanzielle Entlastung des Stadthaushaltes und bringt zudem sowohl ökologische als auch gestalterische Vorteile mit sich. Der Antrag wird nun in den Ausschüssen weiterbearbeitet.

Kennt ihr dieses Lastenrad?



Der Fahrradkurier bringt wichtige Dokumente vom Bürgerservice Potsdam zu den Bürger:innen. Sascha Krämer (Sozial.DIE LINKE) hofft auf eine Verlängerung der Stellen und fragte deshalb nach den Planungen der Verwaltung. Bisher sind die Stellen nicht im Haushalt verankert. Die Beigeordnete Meier versprach, die 2 Stellen aus vorhandenen aber nicht besetzen Stellen in ihrem Bereich dauerhaft zu etablieren. Auch die Verwaltung erkennt langsam den Mehrwert dieser Dienstleistung.

Seit Januar diesen Jahres sind für den Bürgerservice der LHP zwei Kurierfahrer unterwegs, um beantragte Dokumente an die Bürger:innen auszuliefern und so den Schalterdienst zu entlasten. Im Bürgerservice hängt ein kleiner Hinweis auf diese städtische Dienstleistung.



Ein neues, erfolgversprechendes Format am Freitagabend

Den neuen Umständen entsprechend hat sich die Fraktion Sozial. DIE LINKE im Potsdamer Stadtparlament etwas Neues einfallen lassen, um weiter turnusgemäß und persönlich mit Bürger:innen im Gespräch zu bleiben – den RATHAUSstammtisch. Und das nicht mehr sonntags Vormittag sondern jeweils nach einer Stadtverordnetenversammlung schon freitags am frühen Abend.

So trafen sich am Freitag, 5. Mai 2023, Stadtverordnete und interessierte Bürger:innen das erste Mal zum abendlichen Stammtisch in der Gaststätte „Stammbaum“ in der Pension Mark Brandenburg am Damaschkeweg.

Es ging – wie schon traditionell – zuerst darum aus der zurück liegenden Stadtverordnetenversammlung vom 3. Mai 2023 zu berichten. Die möglichen Gesprächs-Themen waren schon stichwortartig auf dem Einladungsplakat quasi als Denkanstöße genannt: Finanzielle Beteiligung am Straßenausbau; Kampf gegen steigende Armut; langfristig bezahlbare Energie und – lokal in Potsdam-Süd bedeutsam – Ordnung und Sicherheit in der Siedlung Eigenheim. Nicht alles konnte behandelt werden. Über Vieles kam man aber ins Gespräch.

Eines war wohl das Wichtigste: Die beiden Einlader – Dr. Sigrid Müller und Stefan Wollenberg (beide Fraktionsvorsitzende ihrer Partei) waren keine Fremden im „Stammbaum“ - schließlich ist doch Potsdam-Süd ihr ureigenster Wahlkreis.

Relativ schnell und kurz verlief der Informationskomplex zur zurückliegenden SVV. Müller und Wollenberg berichteten u.a. über die personellen Veränderungen, die in der SVV bestätigt wurden. So über die Wahl von Walid Hafezi (GRÜNE) zum Beigeordneten für Bildung, Kultur, Jugend und Sport sowie die Wahl der neuen Gleichstellungsbeauftragten und Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt der Stadt Potsdam, Claudia Sprenger (DIE LINKE).

Über die in unrühmlicher Kontinuität verharrende Beschlusslage in Sachen Staudenhof wurde weiter informiert. Hier wurde bekanntlich ein Moratorium des Abrisses abgelehnt. Ein weiteres Thema war das der Kinderarmut und das damit im Zusammenhang stehende kostenfreie Schüleressen. Hier will die Fraktion in den laufenden Haushaltsverhandlungen einen Schwerpunkt setzen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Fragen und Meinungen der Gesprächsteilnehmerinnen zu ihrem Wohngebiet. Gerade hier wurde übereinstimmend das Wohngebiet „Eigenheimsiedlung“ als gute Wohngemeinschaft herausgestellt. Trotzdem gebe es Probleme z. B. mit der Straßensanierung, Müller und Wollenberg gaben den Anwohnern dazu wertvollen Hinweise. Vor allem sollten die Bewohner zu solchen Problemen ihre Interessen bündeln und dann als geschlossene Gruppe in den Disput mit der Stadt treten. In diesem Sinne wurden einige Fragen erörtert.

Summa summarum: Das „Experiment“ des freitäglichen Stammtischs (O-Ton Wollenberg) ist gelungen - es lebe der neue „RATHAUSstammtisch“.

Bernd Martin

Termin für telefonische Bürgersprechstunde Mai

Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende

Mittwoch, 24.05.2023, 16.00 - 18.00 Uhr

Telefon: 0173 6171150

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Dienstag, 16.05.2023 15.00 – 17.00 Uhr
Dienstag, 30.05.2023 15.00 – 17.00 Uhr

Tel.: 0172 / 514 38 25

Ida Karlotta Wiesigstrauch, Fraktionsgeschäftsführerin,

Mo - Fr: 10 -15 Uhr
Stadthaus, R. 3.107
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
in 14469 Potsdam

Tel.: 0331 289 3048

Fraktionssitzung

15.05.2023, 22.05.2023, 05.06.2023, 12.06. 18.00 Uhr, Stadthaus, R. 3.107

Nächste SVV:

07.06.2023, 15.00 Uhr, IHK, Brandenburg-Saal

E-Mail

sozial.dielinke@rathaus.potsdam.de

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
Sozial.DIE LINKE.Fraktion; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: Sozial.DIELINKE@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 48
Fax: 331/289 31 19
Druck: Nordostdruck
V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg



Ostermarsch in Potsdam

Gemeinsam mit dem Kreisverband DIE LINKE.Potsdam organisierte der Landesverband der LINKEN eine zentrale Demonstration am Ostersamstag, 8. April 2023. Hier wurde u. a. der Co-Vorsitzende der LINKEN, Dr. Martin Schirdewan, und die Brandenburgschen Landesvorsitzenden Katharina Slanina und Sebastian Walter herzlich begrüßt.

DIE LINKE rief alle Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei auf, sich 2023 an den Ostermärschen und Aktionen der Friedensbewegung zu Ostern zu beteiligen. Russland führt einen verbrecherischen Angriffskrieg. Die Lieferung von immer mehr und immer schwereren Waffen wird diesen nicht beenden. Dieser Krieg ist zu einem grausamen Abnutzungskrieg geworden, in dem tagtäglich hunderte Soldaten auf beiden Seiten sterben. Das Sterben muss beendet werden. Der Gefahr einer weiteren Eskalation des Krieges über die Ukraine hinaus entgegengetreten werden. Wir tragen eine starke Friedensbewegung auf die Straße, die an der Seite der Angegriffenen steht, sich gegen Eskalation und Militarisierung stark macht, zivile Alternativen zur Aufrüstung aufzeigt und inhaltlich wie praktisch eine klare Kante gegen rechts zeigt.

Für uns gilt der Schwur von Buchenwald, dass die Forderungen „Nie wieder Krieg“ und „nie wieder Faschismus“ zusammengehören. In dieser antifaschistischen Tradition steht unsere Partei. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und eine diplomatische Initiative für anschließende Friedensverhandlungen, zusammen mit europäischen und nicht-europäischen Staaten, z.B. Brasilien. Dadurch soll ein Rückzug der russischen Truppen erreicht, die Souveränität, territoriale Integrität und Sicherheit der Ukraine wiederhergestellt werden. Deeskalation bedeutet auch einen sofortigen Stopp der Waffenlieferungen und keine weitere Osterweiterung der NATO.

Mehr Waffen machen die Welt nicht sicherer. Im Gegenteil. Initiativen zur Abrüstung im nuklearen und konventionellen Bereich und eine solidarische Weltwirtschaftsordnung sind Schritte hin zu einer friedlichen Welt. Dafür engagieren wir uns und gingen Ostern gemeinsam mit der Friedensbewegung im ganzen Land auf die Straßen und Plätze.

1. Mai 2023: UNGEBROCHEN SOLIDARISCH



„Wir tragen die drängenden Forderungen für eine gerechte und soziale Zukunft in der (Arbeits-) Welt auf die Straße“, hieß es im Aufruf zum diesjährigen 1. Mai. „Und wir zeigen: Auch in Krisenzeiten stehen wir solidarisch zusammen und lassen uns nicht spalten.

Die Welt ist im Krisen-Dauermodus: Energiekrise, Klimakrise, der Krieg in der Ukraine, hohe Inflation und die Auswirkungen der Corona-Pandemie erzeugen Unsicherheit und stürzen viele Menschen in existentielle Sorgen. Wir Gewerkschaften stehen an ihrer Seite. Gemeinsam setzten wir am Tag der Arbeit ein sichtbares Zeichen für eine gerechte und friedliche Zukunft, für einen starken Sozialstaat und eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge. Gemeinsam sind wir ungebrochen solidarisch!“ Dafür kämpfen wir – am 1. Mai und an jedem anderen Tag im Jahr.

RICHTIGSTELLUNG:

Ein wichtiger Abschnitt fehlt noch: 180 Meter Uferweg an der Potsdamer Havel sind fertig

In der Speicherstadt wurden 180 Meter Uferweg freigegeben. Planung und Umsetzung dauerten elf Jahre. Doch der Lückenschluss nach Hermannswerder fehlt noch.

Unter dieser Überschrift wurde am 28.4.23 in den PNN von Klaus D. Grote über die Freigabe des Uferweges in der Speicherstadt berichtet. DIE LINKE setzt sich seit vielen Jahren für die Schaffung weiterer öffentlicher Uferwege ein. Das ist gut so! Nicht gut ist, dass dieses Engagement mit falschen Aussagen begleitet wird, so wie es Hans-Jürgen Scharfenberg in diesem Artikel tat:

„Die rund 430 Meter lange Fortsetzung über das Wasserwerksgelände soll durch einen Zaun auf beiden Seiten des Weges gesichert werden. Noch 2012 hatte das Umweltministerium, damals unter Anita Tack (LINKE), diese Wegführung abgelehnt. „Das war das Todesurteil“, erinnert sich Scharfenberg.

Anita Tack dazu: „*Da hat sich mein damaliger Fraktionskollege im Landtag und in der SVV Potsdam aber schlecht erinnert. Deshalb habe ich die PNN um Richtigstellung und wichtige Ergänzung gebeten:“*

Die damalige Ministerin weist die Darstellung Scharfenbergs zurück. *„Ich habe mit dem damaligen Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) den Kompromiss gefunden, der jetzt zum Tragen kommt“, sagte Anita Tack. Schließlich sei das Ministerium dafür zuständig, das Trinkwasser für die Bevölkerung zu schützen. Der geplante Uferweg geht durch die Trinkwasserschutzzone 1. „Wir mussten also einen Kompromiss finden, und das haben wir erfolgreich getan“,* so Tack.

Linksfraktion beantragt Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit



Wohnungslosigkeit ist ein vielschichtiges Problem, das seine Ursachen in der sozialen Ungerechtigkeit, also der zutiefst ungerechten Verteilung von Armut und Reichtum innerhalb dieser eigentlich reichen Gesellschaft hat. Dass Arbeitslosigkeit, Krankheit, Sucht oder gar persönliche Schicksalsschläge überhaupt zu Wohnungsnotfällen führen, in denen der Verlust der Wohnung droht, ist ein Skandal und Zeugnis davon, dass der Sozialstaat lange nicht so funktioniert, wie er müsste. Natürlich ist und bleibt die Armutsbekämpfung durch eine konsequente Umverteilung für DIE LINKE daher die übergeordnete, sozialpolitische Aufgabe. Wohnungslosigkeit ist somit kein Schicksal, sondern kann durch eine Änderung der sozialen Verhältnisse beseitigt werden. Aber auch aktives Handeln der Kommunen kann Wohnungslosigkeit vermeiden. Mit unserem Antrag im Märzplenum forderten wir von der Landesregierung einen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit: Auf Basis eines Beteiligungsprozesses mit den Landkreisen, Städten und Gemeinden sowie Sozialverbänden und Trägern sollen so konkrete Maßnahmen zur Vermeidung und wirkungsvollen Bekämpfung von offener und verdeckter Wohnungslosigkeit erarbeitet werden. Nur mit passgenauen Angeboten können die unterschiedlichen Zielgruppen, wie Jugendliche, Frauen, Alleinerziehende mit Kindern, Menschen mit Behinderungen oder Geflüchtete, angemessen beraten und unterstützt werden. Konkret wollen wir u.a. Zwangsräumungen unterbinden, defensive Architektur abbauen, aufsuchende Sozialarbeit ausbauen, Schutzräume schaffen, medizinische Versorgung und Zugang zu Internet organisieren. Zudem fordern wir die Landesregierung dazu auf, mit den im Bündnis für Wohnen vertretenen Akteur:innen Vereinbarungen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit zu schließen. Der Schwerpunkt des Bündnisses muss auf der Schaffung von dauerhaft gesichertem, sozialen Wohnraum liegen und die in ihm organisierten Akteure stärker dazu verpflichten.

Isabelle Vandre (MdL)

Strafbarkeit von Klimaaktivist:innen

Wann immer etwas den gesellschaftlichen Konsens, die Abläufe und Gewissheiten stört, hört man allenthalben die Rufe nach dem Strafrecht, nach Härte, Abschreckung, Einsperren. Gerade dann wenn es um die heiligen Kühe der hiesigen Gesellschaftsform: Individualität, Entscheidungsfreiheit in allen Belangen und Autos geht. Wenn sich also Aktivist*innen in dieser hedonistischen Gesellschaft wagen, den Menschen den Spiegel vorzuhalten und sich ihnen im wahrsten Sinne in den Weg stellen, setzen oder auch kleben, dann „muss! der Staat! Mit aller Gewalt handeln“.

Viele Medien nehmen die Empörung von konservativen Politiker:innen, und rechten Klimawandelleugner:innen auf, machen die Aktivist:innen für Todesfälle nach Unfällen im Straßenverkehr verantwortlich, machen die Aktivist:innen lächerlich und legitimieren Angriffe und Selbstjustiz. Es werden zu wenig Fragen zu den Hintergründen des Protestes und auch an die Autofahrer:innen gestellt, für die es oftmals kein Problem darstellt, dass seit Jahren Retter nicht zum Unfallort kommen, weil keine Rettungsgassen gebildet werden. Die sich ohne Probleme seit Jahren tagtäglich durch den Berufsverkehr in der Stadt stauen. Ohne Probleme, solange der Stau durch zu viele Autos, Unfälle, angemeldete Demos, Baustellen und nicht etwa durch einen Protest von Menschen verursacht wird, die auf die größte uns bevorstehende Krise, dem Klimawandel, hinweisen und schnelles Handeln fordern. Dann muss der Rechtsstaat handeln, dann können die Strafen gar nicht hoch genug ausfallen.

Und die Justiz spielt vielerorts mit, es zeigt sich ein bundesweiter Überbietungswettkampf bis hin zu absurden Haftstrafen ohne Bewährung. Solch eine droht einem Autofahrer, der keine Rettungsgasse bildet, der rasend oder betrunken einen Unfall baut, oder der sogar beim Abbiegen einen Radfahrer aus Unachtsamkeit tödlich verletzt, im Übrigen im Regelfall nicht. Dabei wird strafrechtlich gerne alles über einen Kamm geschoren, eine individuelle und rechtlich saubere Argumentation in jedem einzelnen Fall gar nicht erst versucht. Bundesverfassungsgerichtsurteile zu den Atomprotesten und Blockaden früherer Jahre ignoriert. Wer sich auf die Straße setzt und protestiert, wird wegen Nötigung verurteilt. Dabei ist es doch um einiges komplizierter. Nötigung setzt eine Form der „Gewalt“ voraus, diese kann durchaus durch die Blockade jedenfalls für die Autofahrer in der „zweiten Reihe“ gegeben sein. Doch muss weiterhin gefragt werden: War jemand festgeklebt, angekettet oder fest untergehakt? Oder saß Mensch nur in der zweiten, dritten, ... Reihe. Durfte derjenige von einem legitimen Protest ausgehen? War die Versammlung vom Grundrecht geschützt? Was passiert- wenn ich als Passant, mich spontan zu einer Aktion der „letzten Generation“ dazusetze?? Und vor allem: Ist die Blockade im Verhältnis zu ihrem Zweck als „verwerflich“ anzusehen, ist die Versammlungsfreiheit also höher zu bewerten als die Fortbewegungsfreiheit der Autofahrer:innen?

Wie unklar die Rechtslagen, wie anfällig die Justiz für politische Bewertungen eigentlich ist, zeigen zwei Urteile auf Freiburg von Beginn des Jahres. Ein Gericht, zwei unterschiedliche Richter, ein Klimaprotest, zwei Angeklagte. Der eine wurde freigesprochen, der andere verurteilt. Man sollte daher nicht vergessen: Die Rechtsprechung steht nicht am Anfang, sondern am Ende von gesellschaftlichen Entwicklungen. Sie verändert sich zuletzt. Denken wir nur an die Strafbarkeit von Homosexualität, Cannabisbesitz, Fahren ohne Fahrschein. Die Gesellschaft, die Politik braucht Antworten, der populistische Ruf nach dem Strafrecht ist hilflos und bietet keine Lösung für das eigentliche Problem, die anstehende Klimakatastrophe. Wir als LINKE müssen die gesamtgesellschaftliche Debatte einfordern und dürfen uns nicht auf die Nebendebatten zu den Protesten einlassen oder gar in die Rufe nach Strafen für die Aktivist:innen einstimmen. Wir müssen uns an die Seite der Aktivist:innen stellen, denn das Anliegen ist ein absolut existentielles, grundrechtskonformes und höchst dringendes. Und es gilt: Ein Protest, der nicht stört, wird kaum durchdringen. Das konnte man auch in Potsdam sehen: Die Mahnwache vor dem Landtag von Extinction Rebellion vor einigen Wochen wurde weder von Politik noch von Medien oder Bürger*innen wirklich beachtet.

Wir als LINKE stehen an der Seite von Menschen, die friedlich störend für eine bessere Gesellschaft für Alle kämpfen. Ob für Klimaziele, für eine offene, bunte, tolerante Gesellschaft, gegen Atomkraft und deren Müll, gegen die Ausbeutung fossiler Ressourcen, oder für den Frieden.

Marlen Block (MdL)



ZUR SONNE, ZUR FREIHEIT, ZUR VIER-TAGE-WOCHE...
FOTO: IMAGO-IMAGES.DE

Die Vier-Tage-Woche – eine weltfremde Idee?

Als Janine Wissler anlässlich des 1. Mais unseren Vier-Punkte-Fahrplan für eine Vier-Tage-Woche vorstellte, war der Aufschrei bei Liberalen und Arbeitgebern groß. Erst recht, als SPD-Vorsitzende Saskia Esken wenig später auf die positiven Effekte einer Vier-Tage-Woche verwies. Parteifreund und Arbeitsminister Hubertus Heil fiel ihr dann auch gleich in den Rücken und betonte, so ein Modell sei nicht für alle Branchen geeignet. Ist die Vier-Tage-Woche also eine weltfremde Idee, ein linker Tagtraum? Zumindest bei der IG Metall ist man der Meinung, dass die Vier-Tage-Woche für die Beschäftigten der Stahlbranche genau das richtige Modell ist.

In der nächsten Tarifrunde für die westdeutsche Stahlindustrie will die IG Metall eine Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich fordern. Für IG Metall-Chef Jörg Hofmann ist das „ein nächster Schritt in eine attraktive industrielle Arbeitswelt, die Leben und Arbeit gut vereinen lässt“. Zumal in einigen Tarifverträgen bereits heute vereinbart ist, dass die Beschäftigten ihre Arbeitszeit absenken dürfen, andere Verträge sehen Wahlarbeitszeiten vor. „Mir kann also niemand erzählen, dass das nicht geht. Wir wissen ja, dass es funktioniert“, sagt etwa Knut Giesler, Verhandlungsführer und Bezirksleiter der IG Metall in Nordrhein-Westfalen.

Studien und Praxistests mit positiven Ergebnissen

Studien zeigen, dass die Vier-Tage-Woche sowohl Produktivität als auch Wohlbefinden steigert. In Ländern wie Schweden oder Island hat man positive Erfahrungen mit dem Modell gemacht. Ein weiterer, positiver Nebeneffekt: Die Zahl der Fehltage reduziert sich deutlich, weil die Menschen sich seltener ›krank arbeiten‹. Laut aktueller Umfragen befürworten mehr als 70 Prozent der Menschen in Deutschland die Einführung der Vier-Tage-Woche. Allerdings sind auch die Vorbehalte groß, gerade bei den Menschen im Osten, die oft im Niedriglohnsektor arbeiten. Viele fürchten, dass weniger Arbeit auch weniger Geld bedeutet. Wie in den 90ern, als VW die Vier-Tage-Woche einführte und gleichzeitig die Löhne kürzte. Für Beschäftigte, die schon jetzt kaum über die Runden kommen, ist das ein Horrorszenario.

Deshalb stellte Janine Wissler klar: „Arbeitszeitverkürzung gibt es nur bei vollem Lohnausgleich!“ Wissler verweist auf die „zunehmende Arbeitsverdichtung. Stress und berufsbedingte Krankheiten sind auf dem Vormarsch. Wir müssen als Gesellschaft darüber diskutieren, wie wir Arbeit und Leben besser in Einklang bringen.“ Tatsächlich erweist sich das Argument der Arbeitgeber, wonach eine Vier-Tage-Woche den Arbeitskräftemangel verstärken würde, in vielen Branchen als falsch. So arbeiten in der Pflege schon heute viele in Teilzeit, weil die Belastungen und der Stress durch eine Vollzeitstelle einfach zu groß ist. Auch viele Lehrkräfte arbeiten aus ähnlichen Gründen nicht voll. Zudem gibt es Hunderttausende, die unfreiwillig in Teilzeit arbeiten, weil es kein passendes Vollzeit-Modell für sie gibt. Hier könnte eine Vier-Tage-Woche bei 32 Arbeitsstunden, wie LINKE und IG Metall sie fordern, Abhilfe schaffen.

DIE LINKE legt deshalb einen Vier-Punkte-Fahrplan für die Vier-Tage-Woche vor. Wir wollen zeigen, dass eine Vier-Tage-Woche möglich ist, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

1. Modellprojekte starten:

In allen Branchen starten wir Modellversuche zur Vier-Tage-Woche, um die Auswirkungen des neuen Modells zu testen. Nach dem Vorbild des links regierten Spaniens kann die Bundesregierung hier ein Programm aufsetzen, um kleinere Betriebe und Beschäftigte bei der Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu unterstützen.

2. Stufenmodell einführen:

Die Vier-Tage-Woche ist ein Paradigmenwechsel, den man über ein Stufenmodell abfedern kann. So reduzieren wir die Wochenarbeitszeit über zwei Jahre in drei Stufen. In einem ersten Schritt wird die Wochenarbeitszeit auf 37 Stunden reduziert, dann auf 35 Stunden und schließlich auf 32 Stunden.

3. Zuschüsse für kleine Betreibe:

Insbesondere kleinere Betriebe brauchen Hilfe bei der Umstellung auf die Vier-Tage-Woche. So kann der Übergang zum Vier-Tage-Modell mithilfe von zeitlich begrenzten Lohnzuschüssen erleichtert werden. Denn klar ist: Die Vier-Tage-Woche gibt es nur bei vollem Lohnausgleich!

4. Freie Wahl des Arbeitszeit-Modells:

Die Beschäftigten sollen zukünftig wählen können, welches Arbeitszeit-Modell am besten zu ihrem Leben passt. Vier oder fünf Tage – jede und jeder darf selbst entscheiden, ohne Druck durch die Arbeitgeber. Eine Schlichtungsstelle kann hier in Streitfällen vermitteln.

FABIAN LAMBECK

Mindestlohn an Inflation anpassen

„Die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns muss nicht allein, aber natürlich auch wegen der hohen Inflation diskutiert werden. Zudem sollte für eine angemessene Entwicklung des Mindestlohns nicht nur die Tariflohnentwicklung als Orientierung dienen, sondern auch die allgemeine Lohnentwicklung. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit die aktuelle Höhe des Mindestlohns bei Beschluss angemessen war“, kommentiert Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, die Forderung des Sozialverbandes Deutschland nach einer Erhöhung des Mindestlohns auf 14 Euro. Ferschl weiter: „Die Lageeinschätzungen hierzu, die Verbände und die Wissenschaft der Bundesregierung bis heute übermitteln können, sollten nicht allein im stillen Kämmerlein der Mindestlohnkommission gelesen werden können, sondern transparent der breiten Öffentlichkeit und Fachwelt zur Verfügung stehen – wie dies beispielsweise bei Stellungnahmen von Verbänden und Wissenschaft für Anhörungen im Deutschen Bundestag selbstverständlich ist. Sie sollten zeitnah auf der Seite der Mindestlohnkommission einsehbar sein – genauso wie die Termine, an denen die Mindestlohnkommission tagt und zu denen die Lageeinschätzungen eingegangen sein sollen... Nur so ist Transparenz und damit eine fundierte und demokratische Diskussion des gesetzlichen Mindestlohns möglich.“

Susanne Ferschl

Vorgemerkt: 29. Brandenburgische Seniorenwoche

Vom 09. bis zum 17.06.2023 findet auch in Potsdam die Brandenburgische Seniorenwoche statt Als Auftaktveranstaltung ist am 09.06.2023 eine Informationsveranstaltung vor dem Bildungsforum geplant, die um 10 Uhr durch den Seniorenbeiratsvorsitzenden der Stadt Potsdam, Peter Mundt, und dem OBM Mike Schubert eröffnet wird. Bei dieser Veranstaltung sind die in der SVV vertretenen demokratischen Parteien und viele soziale Organisationen wie Volkssolidarität, Arbeiterwohlfahrt und Malteser vor Ort. Diese traditionelle Veranstaltungswoche von und für Senioren bietet vielfältige Möglichkeiten, sich über die aktive Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren bei der Durchsetzung ihrer spezifischen Interessen zu informieren, Erkenntnisse und Erfahrungen der Seniorenarbeit zu vermitteln, Probleme kennenzulernen sowie Wünsche und Anregungen aufzunehmen. Anlässlich der Eröffnung der 29. Seniorenwoche lädt das Primavera-Ensemble aus Berlin am 12. Juni um 15 Uhr zu einer unterhalts¬amen Revue in den Nikolaisaal Potsdam ein. Am Donnerstag, dem 15. Juni 2023, um 17 Uhr kann man das Shakespeares Lustspiel „Wie es euch gefällt“auf der Seebühne des Hans-Otto-Theaters vergünstigt genießen. Legen sie bei Erwerb der Eintrittskarte Ihren Rentenausweis vor. Am Freitag, dem 16. Juni, veranstaltet von 15 – 18 Uhr DIE LINKE im Lothar-Bisky-Haus in der Alleestraße 7 im Rahmen der Seniorenwoche eine Veranstaltung zum Thema „Josephinenwohnanlage, Schlaatz 2023, Staudenhof – wie schaffen wir sozial gerechten Wohnraum“. Es werden aktuelle wohnungspolitische Themen mit Abgeordneten, Vertretern des Mieterbundes, und der Stadtverwaltung diskutiert. Mit Live-Musik und Grillen soll diese Sommergartenveranstaltung dann ausklingen.

+++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +

Kultür Potsdam öffnete 25.000 Türen

25.000 Karten für Kulturveranstaltungen, Sportevents, Worksshops und Freizeitangebote sind seit der Gründung der Initiative 2013 weitergegeben worden. Mit nunmehr 160 Partnern arbeitet das Team zusammen, um für Personen, die es sich sonst nicht leisten könnten, freien Eintritt zu realisieren. Die Partner stellen dafür Karten für ihre Events zur Verfügung. Neben der Möglichkeit für Menschen mit geringem Einkommen, über Kultür Eintrittskarten zu bekommen, listet die Intiative zudem Eintritt-Frei-Veranstaltungen auf ihrer Seite auf. www.kultuer-potsdam.de

Linkes Sommerfest terminiert

Zum 33. Mal lädt die Potsdamer LINKE zu ihrem Sommerfest am 8. Juli in den Lustgarten. Als Hauptredner freuen wir unseren Parteivorsitzenden Martin Schirdewan begrüßen zu dürfen. Und auch das musikalische Programm am Abend hat es in sich! The Toten Crackhuren im Kofferraum, Lazy Lizzard Gang und YANSN versprechen einen turbulenten Abend zwischen Hip Hop und Elektro-Clash. Ein Fest für alle Generationen und wie immer ohne Eintritt!

Hexenbesen 2023 an „United Feminist Action“

Jährlich nimmt das Autonome Frauenzentrum Potsdam e.V. die Walpurgisnacht am 30. April zum Anlass, um (seit 1994) einen Hexenbesen feierlich zu verleihen. Dieses Jahr wurde der Hexenbesen an das Bündnis United Feminist Action verliehen. Das Bündnis ist ein loser Zusammenschluss von FLINTA* (das bedeutet Frauen, Lesben, Intergeschlechtliche, Nichtbinäre, Trans* und Agender Personen) aus Potsdam und Umgebung. Das Bündnis organisierte dieses Jahr zum dritten Mal Aktionen rund um den Feministischen Kampftag am 8. März. Mit seinen Aktionen bringt United Feminist Action queerfeministische Positionen in die Öffentlichkeit und setzt sich für Geschlechtervielfalt ein. Das Bündnis macht den Einfluss von Patriarchat, Heteronormativität und einem binären Geschlechtersystem, und die damit verbundenen Machtverhältnisse und Hierarchien sichtbar. 2023 wurde bewusst das Engagement einer FLINTA*-Gruppe ausgezeichnet, um die Vielseitigkeit von Geschlechteridentitäten sichtbar zu machen und Position zu beziehen gegen Transfeindlichkeit und für die Anerkennung von Trans*, Nichtbinären und Agender Personen. Das Frauenzentrum möchte unter seinem Schirm FLINTA* in all ihrer Vielfalt Raum geben. Mit der diesjährigen Preisverleihung machen wir gleichzeitig auf die aktuellen Angriffe rechter Akteure in Potsdam Golm aufmerksam und wollen ein Zeichen gegen Homophobie, Queerfeindlichkeit, Rassismus und jegliche Form von Diskriminierung setzen. *Michaela Burkard, Autonomes Frauenzentrum*

VORGESTELLT: Der feministische Frauen*stammtisch in der LINKEN.Potsdam!

Es kann ganz schön schwierig sein, in festen Gruppen und bestehenden Strukturen Anschluss zu finden. Da ist weibliche Sozialisation nicht immer hilfreich: Im schlimmstenfalls denken wir erst einmal, alle anderen haben mehr Ahnung als wir. Zum Glück stimmt das nicht – erst recht nicht, wenn wir uns



erst einmal zusammengetan haben! Wir haben Lust auf frischen Wind, Gespräche, Debatten, offene Fragen und... Wir haben große Lust zu reden. Willkommen sind bei dem Stammtisch alle Menschen, die sich als Frauen definieren. Es ist dabei egal, ob Du bereits politische Erfahrung hast oder noch nicht, egal ob mit oder ohne Parteimitgliedschaft. Wichtig ist uns vor allem ein solidarischer Umgang miteinander. Den Inhalt bestimmen wir gemeinsam. Dazu hat sich eine kleine Orga-Crew aus Lena Herenz, Ina Rösler, Iris Burdinski und einigen anderen gebildet.

Wann? jeden letzten Mittwoch im Monat um 19:00 Uhr
Wo? rotbloq, Zeppelinstraße 7
Komm doch vorbei! Wir freuen uns auf Dich.

++Termine ++ Termine++

12.-14. Mai:
Stadt- und Klimacamp am Staudenhof, nähere Infos unter staudenhof.info/Camp

13. Mai, 14 Uhr:
24 Stunden- Lauf um den Staudenhof

13. Mai
Alter Markt: Potsdamer Inklusionsfest

25. Mai, 18 Uhr
rotbloq: „Streik in Frankreich“ - Vortrag und Austausch mit einer Genossin der Kommunistischen Partei Frankreichs

30. Mai, 18 Uhr
Feministischer Frauen*stammtisch zu feministischen Gruppen in Chile; rotbloq

3. Juni, 10 Uhr
Humboldt Gymnasium: Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN Potsdam

7. Juni, 19 Uhr
Gaststätte Nowawes, Roter Stammtisch

9. Juni, ab 10.00 Uhr
Bildungsforum: Eröffnung Brandenburgische Seniorenwoche

16. Juni, 15 Uhr
Lothar-Bisky-Haus (Alleestr. 3): Sommergarten